

Händlerbund e.V.
Florian Seikel
Direktor Public Affairs und Verbandswesen
Potsdamer Straße 7 / Potsdamer Platz
10785 Berlin

Bundesminister der Finanzen
Herrn Olaf Scholz
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Berlin, 22. November 2018

RE: Der E-Commerce Sektor ruft EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, eine Entscheidung zur digitalen Dienstleistungssteuer nicht zu überstürzen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

vor dem Hintergrund des Gipfeltreffens der EU-Finanzminister treten wir an Sie heran, um das Vorhaben der Europäischen Kommission zur Einführung einer dreiprozentigen Besteuerung auf Einnahmen bestimmter digitaler Dienstleistungen (nachfolgend als „DST“ abgekürzt) zu thematisieren.

Der Händlerbund e.V. ist einer der 20 nationalen Verbände von Ecommerce Europe, dem europäischen Dachverband des E-Commerce, der die Interessen von mehr als 75.000 Online-Händlern vertritt, die Waren und/oder Dienstleistungen an Verbraucher in Europa auf digitalem Wege verkaufen. Ziel Ecommerce Europes ist es, den elektronischen Handel auf allen europäischen Ebenen zu stärken und zu fördern, um so Händlern den Handel in der gesamten Europäischen Union zu erleichtern. Der Fokus liegt hierbei auf den kleinen und mittelständischen Unternehmen, für die es schwieriger ist, grenzüberschreitend Handel zu betreiben.

Wie Sie wissen, finden in dieser Woche zwei wichtige Tagungen des Rates auf Arbeitsgruppenebene statt, in denen das DST-Vorhaben in Anbetracht der nächsten ECOFIN-Tagung diskutiert wird. In diesem Zusammenhang möchte Ecommerce Europe seine starken Bedenken hinsichtlich der Einfüh-

zung einer solchen Steuer bekräftigen. In unserem letzten Schreiben haben wir darauf hingewiesen, dass auf wichtige rechtliche und inhaltliche technische Fragen bis heute nicht angemessen reagiert wurde. Das betrifft insbesondere die Frage der margenschwachen und defizitären Unternehmen, die noch in den Anwendungsbereich der DST fallen, und die umstrittene Rechtsgrundlage, die von der Europäischen Kommission zur Begründung ihres Handelns herangezogen wird. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass eine solche Steuer negative Auswirkungen auf kleine und mittelständische europäische Unternehmen und letztlich die Verbraucher in der EU haben wird, die den großen Anteil der finanziellen Belastung einer digitalen Dienstleistungssteuer tragen würden.

Gemeinsam mit Ecommerce Europe wollen wir auch wiederholt unsere Ablehnung einseitiger Lösungen sowohl auf EU- als auch auf Mitgliedstaatenbene bekräftigen und die EU-Finanzminister auffordern, einen Lösungsansatz auf OECD-Level zu verfolgen. Nur eine OECD-Level-Lösung wird die Risiken einer Doppelbesteuerung und einen Schaden an der multilateralen Ordnung durch potentielle Vergeltungsmaßnahmen von Drittländern vermeiden.

Unserem Verständnis nach war es auch die Position Deutschlands während der letzten ECOFIN-Sitzung des Rates, das Vorhaben auf OECD-Ebene weiterzuentwickeln, und, falls bis Sommer 2020 keine globale konsensbasierte Lösung zu erreichen ist, den Weg durch die Kommission zu suchen.

Weiterhin interpretieren wir die deutsche Position als Empfehlung, die DST-Verhandlungen zu pausieren während eine Lösung auf OECD-Ebene verfolgt wird. Ziel sollte es sein für 2019 einen Zwischenbericht vorzulegen und schließlich im Jahr 2020 eine finale konsensbasierte Lösung für die Besteuerung der digitalen Wirtschaft zu finden.

Wir freuen uns auf weitere konstruktive Gespräche, um gemeinsam sicherzustellen, dass Unternehmen fair und frei von Diskriminierung besteuert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Seikel

Direktor Public Affairs und Verbandswesen

